EVP Info
Zeitschrift für Evangelische Volkspolitik
Thurgau
Nr. 31 / Februar 2013

Güggerüggü

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

„Chancen der Genügsamkeit" – das ist ein besonderer, neuer Ton in der Politik. Mit dem Wert der Selbstbeschränkung hat die EVP diese Glocke bereits vor einigen Jahren angeschlagen. An der Medienkonferenz zum Jahresanfang hat die Spitze der EVP Thurgau ihre Ziele für das Jahr 2013 unter dieses Motto gestellt. Die interessanten Voten und konkret formulierten Ziele wollen wir Ihnen nicht vorenthalten. Lesen Sie selbst, was Genügsamkeit mit Raumplanung, Bildung, der Teilprivatisierung der TKB und den Kantonsfinanzen zu tun hat.

Wir wünschen uns, dass diese Anliegen rechzeitig Gehör finden und wir uns nicht in ein paar Jahren in einem rasant gewachsenen, überbauten und mit Schulden beladenen Kanton wiederfinden. Deshalb erscheint dieses EVP Info ausnahmsweise auf sechs Seiten.

Partner der Genügsamkeit ist die Grosszügigkeit. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Anliegen teilen und unsere Anstrengungen grosszügig unterstützen. Das Abonnement des EVP Info Thurgau kostet Fr. 15.- . Der Betrag darf gerne aufgerundet werden.

Herzlichen Dank!

Doris Günther,
Präsidentin EVP
Bezirk Arbon,
Winden
doris.guenther
@evp-thurgau.ch

Neui Gedanke für d'Wirtschaft

Leitartikel

Die Gemeinwohl-Ökonomie

Ein zukunftsweisendes Modell für menschen- und lebensdienliches Wirtschaftshandeln

Mit der Banken- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre wird der Ruf nach einer nachhaltigen, ethisch gesamtverantwortlichen Form des Wirtschaftens immer lauter. Eine Wirtschaft, die nur mit jährlichen Zuwachsraten florieren kann, muss an Grenzen stossen. Die Lohnexzesse in Chefetagen werden vom Volk immer weniger verstanden. Am 3. März stimmen wir über die „Abzocker-Initiative" ab. Da wird das Stimmvolk ein Signal senden, in welche Richtung sich unsere Wirtschaft entwickeln soll.

Gemäss einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung wünschen sich knapp 90% der Befragten eine „neue Wirtschaftsordnung". Aber was ist damit gemeint? Viele Politiker und Unternehmensführer haben die Zeichen der Zeit erkannt und sprechen heute von „Nachhaltigkeit". Manchmal beschleicht mich aber das Gefühl, dass Nachhaltigkeitsberichte auf Hochglanzpapier eher eine Marketingmasche sind, um der Firma ein ökologisches Image zu verpassen. Wie kann Nachhaltigkeit messbar gemacht werden?

Bild: Hans Peter Dehn, pixelio.de

Als innovatives Wirtschaftsmodell hat die Gemeinwohl-Ökonomie Ideen und Konzepte für nachhaltiges sowie menschen- und lebensdienliches Wirtschaftshandeln entwickelt. Diese relativ junge Bewegung hat im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus grosse Beachtung gefunden. Sie orientiert sich an denselben Werten, die auch unsere sozialen Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Kooperation, Demokratie, Solidarität und gelebte Wertschätzung. Es wird aufgezeigt, wie sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft „von der Konkurrenz zur Kooperation" und „vom Profitstreben zur Gemeinwohlorientierung" entwickeln können. Mit der Gemeinwohl-Bilanz wird Unternehmen ein Instrument zur Verfügung gestellt, um die ökologischen und sozialen Werte, welche geschaffen werden, zu messen. Der Unternehmenserfolg wird nicht mehr nur am Gewinn gemessen, sondern auch an den Auswirkungen auf das Gemeinwohl. Nicht selten erzielen Unternehmen Gewinne und entlassen gleichzeitig Arbeitnehmer. Die Börsen goutieren dieses Vorgehen. In der Gemeinwohl-Bilanz schliesst ein solches Unternehmen schlecht ab.

Die Gemeinwohl-Ökonomie (www.gemeinwohl-oekonomie.org) propagiert nicht die Überwindung des Kapitalismus, sondern will das ursprüngliche Ziel des Wirtschaftshandelns wieder ins Zentrum rücken. Die Wirtschaft soll nicht dem Profit Weniger dienen, sondern das Wohl Aller fördern. Es geht nicht zuletzt auch darum, die in unseren Verfassungen verankerten Grundsätze zu leben: Die christlichen Werte Solidarität und Eigenverantwortung.

thomas.bachofner@bluemail.ch

Aus der Bibel – für die Politik

Liebe Leserin, lieber Leser

Haben Sie sich auch schon gefragt, welcher politischen Partei sich Jesus zugehörig fühlen würde? Vertrat Jesus überhaupt politische Ansichten? Ja, das tat er. Auf die kürzeste Formel gebracht ist Jesu politische Einstellung wohl diese: „Liebe Gott und deinen Nächsten wie dich selbst". Dieser Aufforderung kann in verschiedenen Parteien nachgelebt werden. Sie ist eine Richtschnur, die viel Spielraum in politischen Entscheidungen lässt. Trotzdem bleibt eine Politik, welche sich diesen Ruf immer wieder vergegenwärtigt, auch im Jahr 2013 fokussiert: Auf Gott und unsere Mitmenschen. Wo möchten Sie sich bei der nächsten politischen Entscheidung von Lukas 10,27 herausfordern lassen?

David Jäggi, Jugendpastor Chrischona Stammheim, Lanzenneunforn

Ziel erreicht! Hurra!

Die Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV" kommt zustande. EVP, SP, Gewerkschaften und Grüne haben über 120'000 Unterschriften gesammelt. Sie werden derzeit von den Gemeinden beglaubigt und am 15. Februar bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die EVP Bezirk Arbon lag mit 1150 gesammelten Unterschriften auf dem 1. Rang aller EVP-Sektionen der Schweiz (Stand 14.11.12). Bravo!

Referendum gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit

Tankstellenshops 24 Stunden an 7 Tagen die Woche offen – das wollen wir nicht. Wir kämpften für die Ruhe an den fünf hohen Feiertagen, das soll nicht vergebens gewesen sein. Bitte unterschreiben Sie: www.evppev.ch. Danke! (rs)

Üsi Meinig zur Abstimmig

Eidgenössische Abstimmung vom 3. März 2013

Ja zum Raumplanungsgesetz

Das neue Raumplanungsgesetz hält fest, dass die Bauzonen höchstens den Bedarf der nächsten 15 Jahre decken dürfen. Überdimensionierte Bauzonen müssen rückgezont werden. Bei Neueinzonungen wird eine Mehrwertabgabe eingeführt. Diese beträgt 20% des planungsbedingten Mehrwerts und wird eingezogen, sobald das Land überbaut oder verkauft wird. Sie hilft mit, Rückzonungen zu finanzieren. Schon bisher hätte man nur für 15 Jahre Bauland einzonen dürfen, aber viele Gemeinden hielten sich nicht daran. Deshalb wird das Gesetz nun verschärft. Einige Kantone, zum Beispiel das Wallis, wehren sich kräftig gegen das neue Gesetz, weil sie ihre zu grossen Bauzonen verkleinern müssten.

Den Anstoss für diese Vorlage gab die Landschaftsinitiative. Sie wollte die Gesamtfläche der Bauzonen für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzen, um die letzten unverbauten Landschaften zu schützen. Das hätte die grosszügigen Kantone wie das Wallis belohnt, weshalb die Initiative zurückgezogen wurde. Der Thurgau hat bereits letztes Jahr das neue Planungs- und Baugesetz mit den gleichen Bestimmungen angenommen, hier wird sich nichts ändern.

Ja zum Familienartikel in der Bundesverfassung

Die Familie ist die wichtigste Zelle unserer Gesellschaft. Sie hat es verdient, in der Verfassung mehr Beachtung zu erhalten als heute. Neu heisst es dort: „Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Die Kantone sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen."

Bisher fehlte ein verfassungsmässiger Auftrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit „bedarfsgerecht" ist niemals ein Platz für jedes Kind gemeint, sondern Plätze für zirka 20% aller Kinder. Die EVP hat zwar in ihrem Schwerpunkteprogramm andere Ideen, zum Beispiel ein Kindergeld für die Eltern anstelle von subventionierten Kindertagesstätten. Trotzdem unterstützt sie diese Vorlage, damit alle Kinder eine gute Betreuung erhalten, wenn beide Eltern arbeiten müssen.

Ja zur Initiative gegen die Abzockerei

Die Initiative des Schaffhauser Ständerates Thomas Minder „gegen die Abzockerei" will den überrissenen Bezügen des Top-Managements und der Verwaltungsräte ein Ende machen. Mit insgesamt 24 Forderungen sollen alle Hintertüren und Schlupflöcher wasserdicht verriegelt werden.

Jahrelang wurde im Parlament um einen wirksamen und strengen Gegenvorschlag im Aktionärsrecht gerungen, leider vergebens. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Er enthält ähnliche Forderungen wie die Initiative, ist aber weniger streng. Zum Beispiel wären dann „Goldene Fallschirme", das sind hohe Abgangsentschädigungen, weiterhin möglich. Auch fehlen Strafbestimmungen.

Weder mit der Initiative noch mit dem Gegenvorschlag haben wir die Gewähr, dass die Saläre tatsächlich sinken. Denn solange die Aktionäre fürstlich entschädigt werden, genehmigen sie dem Management auch die exzessivsten Bezüge. Mehr Wirkung hatte sich die EVP von einer Boni-Steuer erhofft, die im Parlament hauchdünn gescheitert ist. (ja)

EVP-Ziel fürs Johr 2013

Bericht der Pressekonferenz zum Jahresanfang

Chancen der Genügsamkeit

Unter dieses Motto stellt die Spitze der EVP Thurgau ihre Ziele für das Jahr 2013.

Der Begriff Genügsamkeit mag überraschen. Er scheint aus der Mottenkiste hervorgeholt zu sein, ist aber topaktuell. Nach Jahrzehnten des erfolgreichen Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung treten dessen Kehrseiten immer deutlicher ins Bewusstsein. Umdenken ist angesagt.
„Chancen der Genügsamkeit" weist zu bereichernden Lebensweisheiten hin - ich kann auf diese Weise etwas gewinnen:

- Freude an den Schönheiten der näheren Umgebung statt belastende Reisen in die Ferne
- Ausgeglichenheit als Gegenpol zu Hektik und Raffgier
- Beziehungen pflegen statt Privilegien erkämpfen und Rosinen verteidigen
- ein Wegrücken von nationalem Egoismus hin zum Weltbürger

Kurz: eine nachhaltige Lebensweise für Alle, mehr qualitatives statt quantitatives Wachstum!

In drei Themenschwerpunkten zeigen wir konkrete Ziele auf:

- Familie und Bildung
- Umwelt und Raumplanung
- Finanzen, Wirtschaft und Kantonalbank

Matthias Müller, Regula Streckeisen, Wolfgang Ackerknecht, Peter Glatz (von links)

Schwerpunkt Familie und Bildung

Von Regula Streckeisen, Kantonsrätin, Präsidentin EVP TG:

Der gesellschaftliche Wandel hat zu einer Vielzahl an Familienmodellen und damit zu neuen Freiheiten, aber auch zu neuen Herausforderungen für die Familien geführt: Kinder sind ein Armutsgrund geworden; immer mehr Paare verzichten auf Kinder oder beschränken ihre Kinderzahl auf 1-2 Kinder; unser Volk ist überaltert.
Diese Entwicklungen fordern die Politik heraus. Die EVP will möglichst gute Rahmenbedingungen für Familien, damit sich die Kinder gesund entwickeln und die grundlegenden gesellschaftlichen Werte lernen.
Konkrete Forderungen:

- Die Motion zur Einführung des **Eigenbetreuungsabzuges** im Steuergesetz ist grosszügig umzusetzen. Hier erwarten wir Genügsamkeit des Staates.
- Der Empfängerkreis von **Prämienverbilligungen für Kinder** ist mit Vorsicht und Augenmass einzuschränken. Auch hier ist Genügsamkeit des Staates gefragt.
- Wir unterstützen die Bemühungen zur Förderung der **Elternbildung** für alle Bevölkerungsschichten. Genügsamkeit in den Bereichen Umwelt, Verkehr und Energie soll ein wichtiges Elternbildungsthema sein.
- In **Kindergarten und Schule** soll §2 des Volksschulgesetzes mit der nötigen Konsequenz umgesetzt werden: „Die Volksschule fördert die geistigen, seelischen und körperlichen Fähigkeiten der Kinder. In Ergänzung zum Erziehungsauftrag der Eltern erzieht sie die Kinder nach christlichen Grundsätzen und demokratischen Werten zu selbständigen, lebenstüchtigen Persönlichkeiten und zu Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt."
  Für diese anspruchsvolle Aufgabe braucht die Lehrerschaft die Wertschätzung der Politik und die nötigen Rahmenbedingungen.

Schwerpunkt Thurgauer Kantonalbank

Von Peter Glatz, Vizepräsident EVP TG, a. Kantonsrat:

Die Thurgauer Regierung und die Führung der Thurgauer Kantonalbank (TKB) wollen dem Thurgauer Volk den Erwerb von TKB-Partizipationsscheinen ermöglichen. Damit soll eine höhere Kundenbindung erreicht werden. Die Regierung will dafür 80 Millionen ihres 400 Mio. umfassenden Grundkapitals (Dotationskapital) bereitstellen.
Die TKB näher zum Volk verlangt nach einer breiten Streuung der Partizipationsscheine ausschliesslich an im Thurgau wohnende Privatpersonen und dies in nur kleiner Anzahl pro Beziehenden. Die Scheine sollen die Bedeutung eines Mitglieder-Ausweises der TKB aufweisen. Dafür jährlich gewährte Dividenden sind zurückhaltend, auf jeden Fall nicht für die TKB gewinntreibend zu gestalten. Einer in erwähntem Sinne genügsameren, das Volk einbindenden Ausgabe von Partizipationsscheinen steht die EVP positiv gegenüber.
Schritte in Richtung Privatisierung bzw. Teilprivatisierung der Bank wie beispielsweise Partizipationsscheine als Renditepapiere für Pensionskassen verändern die Ausrichtung der TKB. Damit wird mehr Gewicht auf die Gewinne der Bank gelegt zu Lasten der Förderung der volkswirtschaftlichen Entwicklung im Kanton. Mit einer Hand am Geldstrom der Kantonalbank wird die volkswirtschaftliche Leistung der Thurgauer Unternehmungen nicht verbessert! Und der Kanton verliert zudem langfristig Erträge aus dem Dotationskapital. Die EVP Thurgau sieht in einer schrittweisen Privatisierung der Thurgauer Kantonalbank keinen Sinn. Genügsamer bleibt nachhaltiger!

Wiiteri Ziel fürs Johr 2013

Dä Güggel hät Eier gleit und usbrüetet.

Schwerpunkt Umwelt und Raumplanung

Von Matthias Müller, Kantonsrat, Fraktionspräsident:

BTS/OLS: Wir verfolgen diese Projekte kritisch und achten besonders darauf, dass damit nicht einfach weitere Siedlungsgebiete erschlossen werden. Die Entwicklung muss tatsächlich gemäss kantonalem Richtplan erfolgen und nicht jede Gemeinde eigene Ansprüche geltend machen.

Raumplanung/Regionalplanung: Ich hoffe, dass wir im Kanton TG vermehrt grossräumiger denken und über den eigenen Gemeindegartenzaun hinausschauen. Gemeinsame Planungsinstrumente, wie wir sie in der Agglomeration Frauenfeld mit dem Richtplan Siedlung und Verkehr und mit dem Energierichtplan realisieren, sollten Schule machen. Hier erarbeiten wir zurzeit auch ein gemeinsames Baureglement für 13 der Regio-Gemeinden.

Werteorientierte Entwicklung: Sie soll vor allem gelebt werden in Gemeinden und Regionen. Massgebende und hilfreiche Kriterien sind dabei die neun von der EVP propagierten Lebenswerte, nach Pfarrer Alfred Aeppli (www.lebenswerte.ch). Deren vier zieren diese Seite. Die weiteren fünf:

- **Gerechtigkeit:** Ich setze mich für das Recht meiner Mitmenschen ein.
- **Solidarität:** Ich mache das Anliegen anderer zu meinem Anliegen.
- **Nachhaltigkeit:** Ich erhalte die Umwelt für die kommenden Generationen.
- **Zielorientierung:** Ich weiss, was und wohin ich will.
- **Frieden:** Ich suche die Versöhnung mit Gott, mit mir und mit meinen Mitmenschen; das heisst auch, nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen und dafür zu kämpfen.

Energiepolitik: Auf unserer Homepage fragten wir: „Sind Sie der Meinung, dass es radikales Stromsparen braucht?" Das Ergebnis ist mit 614 JA zu 19 NEIN überaus deutlich ausgefallen. In diesem Sinne unterstützen wir die Bemühungen der Gemeinden zum Energiestadtlabel. In Gachnang haben wir uns sogar als Pilotgemeinde für das Projekt „2000-Watt-Gesellschaft" angemeldet. Die Entwicklung muss in diese Richtung gehen, wenn wir die Energiewende schaffen wollen. „Die Wende beginnt im Kopf und im Portemonnaie."

Schwerpunkt Finanzen und Wirtschaft

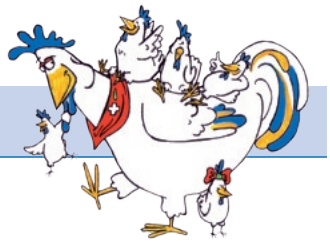
Von Wolfgang Ackerknecht, Kantonsrat, Mitglied GFK:

Haushaltgleichgewicht Kantonsfinanzen: Der Finanzausgleich im Kanton funktioniert gut, die Solidarität geniesst einen hohen Stellenwert. Die Diskussionen zur Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts sind ein weiteres Beispiel für den gegenseitigen Respekt zwischen Kanton und Gemeinden. Wir unterstützen Sparanträge. Wenn diese aber Zielen der EVP widersprechen, sind Steuergesetzanpassungen für uns kein Tabu.

Qualitatives statt quantitatives Wachstum in der Wirtschaft: Die EVP sieht sich in den mutigen Aussagen der Regierungsräte aus den Kantonen Schwyz und Zug bestätigt: Die Tiefsteuerpolitik und Pauschalbesteuerung führten zu hohem Wachstum und zu Nachteilen: Hohe Land- und Mietpreise, übervolle Züge und Strassen. – Seit Jahren setzen wir uns gegen übermässigen Steuerbewerb sowie die Pauschalbesteuerung ein. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er die Entwicklung des Kantons auf Nachhaltigkeit und Mobility Pricing prüft und auch Ideen zu mehr Genügsamkeit einbringt.

Wirtschaftsethik: Weltweite Verschuldung vieler Länder, Beihilfe zu Steuerhinterziehung, Liborskandal u. a. haben endlich zu strengeren Regeln in der Finanzbranche geführt. Eine nachhaltige und ehrliche Wirtschaft, die Rücksicht auf Umwelt und Ressourcen nimmt, ist für die EVP ein Muss. Mit mehr Genügsamkeit wird auch die Präambel unserer Bundesverfassung respektiert: Die Stärke unseres Volkes wird daran gemessen, wie es um das Wohl der Schwachen bestellt ist.

Die Abzocker-Initiative – als Chance für mehr Genügsamkeit sehen: Die EVP stellt sich hinter diese Initiative, weil sie verantwortliche Verwaltungsräte und Manager in die Pflicht nimmt. Ein Land braucht Prosperität und Entwicklung. Dazu ist aber die Einsicht nötig, dass die Wirtschaft den Menschen dient, und nicht umgekehrt. Die Abzocker-Initiative hilft im Sinne einer verstärkten Selbstbeschränkung den Grosskonzernen, nicht exorbitante Gewinne erwirtschaften zu müssen.



Bibeli vom Thurgauer Güggel

Fähige Köpfe für die Schule – Schulbehördenwahlen am 3. März 2013

Die EVP versteht ihr politisches Engagement als Dienst an der Gesellschaft und ganz speziell auch an deren schwächeren Gliedern. Insofern stellt ein Amt in der Schulbehörde ein typisches Aufgabenfeld dar. Unsere Behördenmitglieder tragen im Hintergrund und investieren in die Ausbildung unserer Jugend.

Ruth Beerli, du hast dich 12 Jahre lang in der Sekundarschulbehörde Weinfelden engagiert, zuletzt als Vizepräsidentin. Wie kam es damals zu deiner Wahl?
Ruth Beerli RB: Im Jahr 2000 wurde mein Mann auf einen Einsatz in der Behörde angesprochen. „Weshalb werde ich nicht angefragt?", wunderte ich mich. Nach vielen Jahren Aufenthalt in Angola wusste ich das gute Schulsystem in der Schweiz zu schätzen und meldete mich.

Kannst du deine Tätigkeit kurz beschreiben?
RB: Die Behördentätigkeit ist vielseitig. In der Auseinandersetzung mit dem steten Wandel der Schule bleibe ich am Ball der Entwicklung. Weiterbildungen oder erstmalige Aufgaben erweiterten meinen Horizont.

Konntest du deine Werthaltungen in die Behördentätigkeit einbringen?
RB: Als Schulhaus-Patin durfte ich an internen Anlässen teilnehmen. Dies vermittelte mir wertvolle Einblicke in den Schulalltag und ermöglichte mir, mich in der Behörde für die Anliegen der Basis einzusetzen. Ich war ehrlich und transparent und gewann so das Vertrauen, auch in schwierigen Momenten für vermittelnde Gespräche angefragt zu werden.

Eine aktuelle Herausforderung für die Schule?
RB: Die Schule ist längst nicht mehr nur für Wissensvermittlung zuständig. Jedem Jugendlichen eine individuell optimale Förderung zu ermöglichen, ist einerseits eine spannende Aufgabe, andererseits mit den vorgegebenen kantonalen Rahmenbedingungen oft ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Schulbehörde hat durch die Schulleitungen an direktem Einfluss verloren. Warum braucht es sie trotzdem?
RB: Ein sorgfältiger Umgang mit Finanzen und Infrastruktur gehören weiterhin zum Pflichtenheft der Schulbehörde; ebenso die Weiterentwicklung der Unterrichtsformen. Auch wenn das operative Geschehen in der Verantwortung der Schulleitung liegt, ist der Rückhalt durch die Behörde, vor allem in schwierigen Situationen, wichtig.

Mit welchem Aufruf würdest du eine interessierte und fähige Person motivieren, für die Behörde zu kandidieren?
RB: Das Recht auf Bildung gilt für jedes Kind, egal woher es kommt und was es für Startbedingungen hat. Es bleibt somit die spannende Herausforderung, sich für dieses Recht einzusetzen und gute schulische Rahmenbedingungen in einer sich laufend verändernden Gesellschaft zu erhalten.

Ruth, dir und den weiteren Zurücktretenden Judith Beerli, Thomas Beringer und Doris Wüthrich danken wir herzlich für die geleistete Arbeit.

michael.zingg@evp-thurgau.ch

Die EVP unterstützt die folgenden Kandidierenden und hofft auf deren Wahlerfolg am 3. März.
Herzlichen Dank für jede Unterstützung!

Renate Luginbühl, *bisher, Kauffrau, Familienfrau, 3 erw. Kinder, Frauenfeld*

„We touch the future, we are school!" Dieses Zitat passt wunderbar zu unserer Tätigkeit. Es macht Freude, die Entwicklung der Schule mitgestalten zu dürfen.

Ulrich Mannale, *Bankmitarbeiter, 3 Kinder, Weinfelden*

Ich setze mich dafür ein, dass die Schule, insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer, sich wieder vermehrt darauf konzentrieren können, unsere Kinder auszubilden.

Nicole Ebe, *Sozialpädagogin, Familienfrau, 1 Kind, Romanshorn*

Täglich erlebe ich, was Kindern gut tut, wo es hapert und was sie brauchen, um stark zu werden. Deshalb will ich die Schule mitgestalten und weiterentwickeln.

Othmar Dietler, *Sekundarschule bisher, Uhrmacher, 4 Kinder (links)*
Patricia Ulshöfer, *Primarschule neu, Drogistin, Familien-Begleiterin, 1 Kind*
Martin Troll, *Primarschule neu, Geomatiker, Sachbearbeiter, 1 Kind*
Alle drei: Kreuzlingen

Othmar Dietler: *Mich motiviert die Vielfältigkeit der Aufgaben, das Bildungsunternehmen Sekundarschule Kreuzlingen konstruktiv mitzugestalten.*

karep.ch
kaffeemaschinen reparatur & occasionen

Verkauf revidierter Kaffeemaschinen aller Marken (mit Garantie)
Reparatur mit Gratis-Offerte
Service aller wichtigen Marken

Zeughausstrasse 8, 8500 Frauenfeld
052 722 17 18 - www.karep.ch
Ein Projekt der Stiftung Wetterbaum

CHRISTEN VERNETZEN, ERMUTIGEN UND INFORMIEREN

livenet.ch

Parolen eidg. Abstimmung 3.3.2013

Bundesgesetz ü. d. Raumplanung	JA
Bundesbeschluss ü. d. Familienpolitik	JA
Volksinitiative gegen die Abzockerei	JA
Schulbehördenwahlen im TG	siehe S. 5

Zum Schmunzeln...

Ein klassischer Schweizer Witz mit aktuellem Bezug kommt aus dem 18. Jahrhundert und ist von zeitloser Eleganz. Er stammt von Voltaire und lautet:

„Wenn Sie einen Schweizer Bankier aus dem Fenster springen sehen, springen Sie hinterher. Es gibt bestimmt etwas zu verdienen."

Treuhand und Beratung

Spulackerstrasse 42
Postfach 164
8274 Tägerwilen

Tel. 071 666 8000
Fax 071 666 8008

adrian.mueller@ruwa-treuhand.ch

RUWA Bodensee AG Treuhand + Beratung

- Treuhand
- Revisionen
- Unternehmensberatung
- Jahresabschlüsse
- Buchführung
- Steuerberatung
- Lohnwesen / Personal
- Firmengründungen
- **ABACUS** Software

Termine 2013

22.2.	19:30 Stamm, Rest. Bellevue, Arbon
25.2.	JV EVP Weinfelden, Rest. Trauben Wf
3.3.	Wahlapéro EVP Weinfelden
21.3.	JV EVP Bezirk Frauenfeld
23.3.	ord. DV der EVP CH in Lausanne
19.4.	19:30 GV EVP Bezirk und Stadt Arbon
22.4.	19:30 ord. DV der EVP TG
26.4.	19:30 Stamm, Rest. Bellevue, Arbon
3.5.	KMU-Forum EVP CH, Ibach, SZ
25.5.	Familienanlass EVP Bezirk Ff: Führung im Seebachtal, Hüttwilen
31.5.	19:30 Stamm, Rest. Bellevue, Arbon
1.6.	Kadertag EVP CH, Olten
22.6.	DV der EVP CH in Schaffhausen

EVP Info Thurgau

Adressberichtigung bitte melden

AZB
9220 Bischofszell

Feedback:

Die EVP interessiert mich
☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Das EVP-Info interessiert mich nicht
☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info
☐ Senden Sie ihr das EVP-Info zu:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau, www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20, 8590 Romanshorn, redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Susanna Brüschweiler (sb), Doris Günther (dg), Regula Streckeisen (rs), Michael Zingg (mz)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Adressänderungen
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, werner.rieder@evppev.ch

Auflage 3'000 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Jordi Medienhaus, 3123 Belp